



Erstaufforstung

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung zur Erstaufforstung

Rechtsgrundlagen: § 10 Sächsisches Waldgesetz (SächsWaldG)		Posteingang (Stempel)
Ansprechpartner: Frau Orgis 03433 241 1488	Sitz: 04552 Borna Leipziger Straße 67 Anschrift: Landratsamt Landkreis Leipzig Vermessungsamt Bereich Landwirtschaft 04550 Borna Fax: 03437 984-7099 (Zusendung per Fax möglich) Termine bitte telefonisch vereinbaren!	

Hinweis auf rechtliche Bestimmungen:

Diese Datenverarbeitung erfolgt auf der oben genannten Rechtsgrundlage. Die mit diesem Formular erhobenen Daten sind zur sach- und rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben nach o. g. Gesetz erforderlich. Die Daten sind vollständig und wahrheitsgemäß anzugeben. Stellen Sie diese Daten nicht, falsch oder unvollständig zur Verfügung, können sie im weiteren Verfahren keine Berücksichtigung finden und dies kann zu einer verzögerten oder falschen Beurteilung der entscheidungserheblichen Merkmale führen.

Sämtliche Daten werden in Akten und mittels Datenverarbeitungstechnik gespeichert, verarbeitet und für statistische Zwecke verwendet. Die erhobenen Daten werden ausschließlich zur Bearbeitung dieses Antrags im Rahmen des Beteiligungsverfahrens an die zuständige Gemeinde-/Stadtverwaltung und innerhalb des Landratsamtes weitergegeben.

Antragsteller/in (Familienname, Vorname(n), Firmenname)

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

Telefon (freiwillige Angabe)

Fax (freiwillige Angabe)

Email (freiwillige Angabe)

Bewirtschafter/in des/der Grundstücke (Familienname, Vorname(n), Firmenname)

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

Grundstücksbeschreibung

Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstücks-Nr.	Flurstücksgröße ha, a, m ²	Aufforstungsfläche ha, a, m ²

Beschreibung der Abgrenzung bei Teilaufforstung

Die Teilfläche ist exakt zu beschreiben (natürliche Festpunkte wie Wege, Wasserläufe usw.) und in der beizulegenden Flurkarte einzuzeichnen.

Auf den beigefügten Lageskizzen <input type="checkbox"/> sind die zur Aufforstung vorgesehenen Flächen rot umrandet, <input type="checkbox"/> sind die mit Wald bestockten benachbarten Flächen grün umrandet, <input type="checkbox"/> ist der Verlauf von vorhandenen Drainagen blau eingezeichnet.		bisherige Nutzungsart: <input type="checkbox"/> Acker/Grünland <input type="checkbox"/> Dauerkulturen <input type="checkbox"/> Ödland/Unland <input type="checkbox"/> sonstiges	
Für die Aufforstung sind folgende Baumarten vorgesehen:	Baumart	Anteil	
Bestehen Rechte Dritter? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, welche: Dienstbarkeiten, z. B. Wegerecht			
Angaben zur Feststellung der UVP-Pflicht Für Erstaufforstungsvorhaben nach Nr. 17.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist abhängig von ihrer Größe eine standortbezogene oder eine allgemeine Vorprüfung oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.			
Art des Vorhabens			
Neuvorhaben <input type="checkbox"/>	Änderungsvorhaben (§ 9 UVPG)		Kumulierende Vorhaben, weiter mit nächster Zeile
	Für das zu ändernde Vorhaben wurde eine UVP durchgeführt. <input type="checkbox"/>		
	Für das zu ändernde Vorhaben wurde <u>keine</u> UVP durchgeführt. <input type="checkbox"/>		
Kumulation mit anderen Erstaufforstungsvorhaben			
Hinweis: Für die Feststellung der UVP-Pflicht der beantragten Erstaufforstung sind auch Angaben über das Zusammenwirken mit anderen beantragten, bestehenden oder zugelassenen Erstaufforstungsvorhaben erforderlich. Nach § 10 Absatz 4 UVPG liegen kumulierende Vorhaben vor, wenn mehrere Vorhaben derselben Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen. Ein enger Zusammenhang liegt vor, wenn sich der Einwirkungsbereich der Vorhaben überschneidet und die Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen sind.			
Überschneidet sich der Einwirkungsbereich der beantragten Erstaufforstung mit anderen Erstaufforstungen? Einwirkungsbereich ist das geografische Gebiet, in dem Umweltauswirkungen auftreten, die für die Genehmigung der Erstaufforstung relevant sind	<input type="checkbox"/> nein, weiter mit Anlagen	<input type="checkbox"/> ja, weiter mit der nächsten Zeile	

Sind die Erstaufforstungen funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen? Bei wertender Betrachtung stellen sich mehrere Einzelvorhaben als Einheit dar und verfolgen einen gemeinsamen betrieblichen oder wirtschaftlichen Zweck (z. B. durch ineinandergreifende Betriebsabläufe) oder der/die Vorhabenträger führen ihr Vorgehen in sonstiger Weise planvoll und koordiniert durch.	<input type="checkbox"/> nein, weiter mit Anlagen	<input type="checkbox"/> ja, weil: weiter mit der nächsten Zeile
--	--	---

Angaben zu kumulierenden Erstaufforstungsvorhaben

Lfd. Nr.	Vorhabenträger	Aufforstungsfläche ha, a, m ²	UVP durchgeführt	Gemeinde	Flurstücks-Nr.	Lage
1.			Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
2.			Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
3.			Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
4.			Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			

Verfahrensstand der früheren, kumulierenden Erstaufforstungsvorhaben

Lfd. Nr.	Erstaufforstung genehmigt	Erstaufforstung beantragt und Antragsunterlagen vollständig eingereicht	Erstaufforstung beantragt und Antragsunterlagen nicht vollständig eingereicht
1.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anlagen: (sind zwingend erforderlich)

- ☐ Nachweis zur Flächengröße (z.B.: Katasterunterlagen, Grundbuchauszug)
- ☐ Maßstabsgerechte Flurkarte und davon 2 Kopien
- ☐ 2 Kopien dieses Antrags

Erklärung:

- ☐ Ich verpflichte/n mich/uns, sofern eine Änderung von Daten, die in diesem Antrag erhoben wurden, während des Bearbeitungszeitraumes zu diesem Antrag eintritt, sofort und unaufgefordert der zuständigen Stelle diese Änderung mitzuteilen.
- ☐ Ich erkläre mein Einverständnis mit der Datenübermittlung an die zu beteiligenden Stellen. Für den Fall der Verweigerung des Einverständnisses entstehen keine Rechtsnachteile.
- ☐ Mir ist bekannt, dass keine Verpflichtung besteht, diese Erklärung abzugeben.

Ort, Datum

Antragsteller/in

Bitte zutreffendes ankreuzen (☐)

Die Aufforstung nicht forstlich genutzter Grundstücke und die Anlage von Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen bedarf gemäß **§ 10 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG)** im Interesse einer ökologisch ausgewogenen Landschaftsgestaltung der Genehmigung, die bei der zuständigen Unteren Landwirtschaftsbehörde zu beantragen ist. Örtlich zuständig ist die Untere Landwirtschaftsbehörde, in deren Dienstbezirk das aufzuforstende Grundstück liegt.

Entsprechend § 10 Abs. 2 SächsWaldG darf die Genehmigung nur versagt werden, wenn

- Ziele der Raumordnung der Aufforstung entgegenstehen oder
- die Aufforstung der Verbesserung der Agrarstruktur widerspricht oder
- zwingende Vorschriften des Naturschutzrechtes entgegenstehen oder
- die Ertragsfähigkeit benachbarter Grundstücke erheblich beeinträchtigt würde, ohne dass die nachteiligen Auswirkungen durch Auflagen verhütet oder ausgeglichen werden können.

Wenn die Aufforstung in einem **Überschwemmungsgebiet** nach **§ 76 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** i. V. m. § 72 des **Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG)** beantragt werden, ist des Weiteren nach § 78 Abs.1 Nr. 7 WHG i. V. m. § 73 Abs. 1 SächsWG zu prüfen, ob die Aufforstung dort zulässig ist.

Alle privatrechtlichen Belange, wie z.B. Pacht-, Nutzungs- oder Eigentumsverhältnisse sind für das Genehmigungsverfahren unerheblich. Geprüft wird die Zulässigkeit der Aufforstung nach § 10 SächsWaldG auf dem betreffenden Standort.

Nach Prüfung der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens, die von der Unteren Landwirtschaftsbehörde unter Einbeziehung weiterer Behörden erfolgt, ergeht die Entscheidung schriftlich in Form eines Bescheides. Aufforstungsgenehmigungen werden grundsätzlich befristet erteilt, da die der Genehmigung zugrundeliegenden Verhältnisse einer Entwicklung unterliegen, aus der sich später eventuell Versagungsgründe ergeben könnten. Alle übrigen Rechtsvorschriften bleiben mit einer Genehmigung nach **§ 10 SächsWaldG** unberührt. Im Folgenden sind einige wichtige Bestimmungen aufgeführt, die bei Anpflanzungsmaßnahmen ungeachtet der Genehmigung nach § 10 SächsWaldG einzuhalten sind:

Sächsisches Vermessungs- und Katastergesetz – SächsVermKatG

Gemäß § 6 Abs. 3 ist der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Nutzungsberechtigte verpflichtet, die untere Vermessungsbehörde unverzüglich, spätestens zwei Monate nach Abschluss der Maßnahme zu unterrichten, wenn die Nutzungsart eines Flurstückes geändert wurde. (Eine Änderung der Nutzungsart ist bei Aufforstung und der Anlage von Weihnachtsbaum- bzw. Schmuckreisigkulturen in der Regel gegeben.)

Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG)

Das Waldgesetz bestimmt u.a. die Grundsätze zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und Erhaltung des Waldes, welche durch die untere Forstbehörde überwacht werden. Diese berät und erteilt Auskunft. Für die forstfachliche Beratung und Betreuung ist der Staatsbetrieb Sachsenforst zuständig. Auf folgende besondere Bestimmungen wird hingewiesen:

- **§ 18 SächsWaldG** - Pflégliche Bewirtschaftung des Waldes, Nebennutzung
insbesondere: § 18 Abs. 1 Nr. 2 - Standortgerechtigkeit (z.B. wichtig für Baumartenwahl)

- **§ 25 SächsWaldG** - Nachbarrechte und Nachbarpflichten
insbesondere: § 25 Abs. 2 u. 3 - Abstandsregelungen

Sächsisches Nachbarrechtsgesetz (SächsNRG)

Bei der Anlage von Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen wird kein Wald im Sinne des **§ 2 SächsWaldG** begründet. Die besonderen Bestimmungen des § 25 SächsWaldG (siehe oben) gelten hier somit nicht. Zu beachten ist hier z.B. der **Dritte Abschnitt des SächsNRG** (§§ 9 bis 16) zu Regelungen zu Grenzabständen.

Darüber hinaus sind je nach Einzelfall weitere besondere Vorschriften zu beachten. z.B. ergeben sich besondere Anforderungen oder Einschränkungen

- im Bereich von Oberflächengewässern (z.B. Deichschutz nach **§ 81 Sächs.Wassergesetz**),
- bei Planfeststellungsverfahren (z.B. Veränderungssperren nach **§ 9a Bundesfernstraßengesetz(FStrG)**, **§ 40 Sächs. Straßengesetz**, **§ 86 WHG** - bei öffentlichen Straßen und Verkehrsanlagen [z.B. **§ 6 (Widmung)** und **§ 27 Abs. 2 (Schutzmaßnahmen) Sächsisches Straßengesetz - SächsStrG**], im Bereich von Versorgungsleitungen usw.

Bei Vorbereitung und Durchführung der Maßnahme sind alle außerhalb der Genehmigung nach § 10 SächsWaldG stehenden Vorschriften in eigener Verantwortung einzuhalten.

Informationen zu Fördermöglichkeiten für Aufforstungsmaßnahmen erhalten Sie beim Staatsbetrieb Sachsenforst – Forstbezirk Leipzig (Heilemannstraße 1, 04277 Leipzig, Telefon: 0341 860 800)